

Europa Monitoring

Nr. 17 in 2022



Belgien

Polizistenmörder war auf Terrorliste

Mitte November ging ein Mann mit einem Messer in der belgischen Hauptstadt Brüssel auf zwei Polizisten los. Die Beamten kamen ins Krankenhaus, einer von ihnen erlag später seinen Verletzungen. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft in Brüssel sagte, der Angreifer habe bei der Tat auf Arabisch „Allahu Akbar“ (Gott ist groß) gerufen. Er wurde laut Polizei niedergeschossen. Zu seinem Gesundheitszustand hieß es lediglich, er liege nicht vernehmungsfähig im Krankenhaus. Der Attentäter wurde 1990 in Belgien geboren und



*Trauernde PolizistInnen nach dem Attentat gedenken der Opfer
Foto: Imago*

saß von 2013 bis 2019 wegen Verstößen gegen allgemeine Gesetze im Gefängnis.

Laut belgischen Medienberichten stach der Mann nahe dem Bahnhof Gare du Nord im Stadtteil Schaerbeek auf die Streifenpolizisten ein. Ein zur

Verstärkung herbeigerufener Polizist habe den Angreifer durch Schüsse verletzt und „außer Gefecht gesetzt“, meldete die Nachrichtenagentur Belga. Der Mann wurde festgenommen und in ein Krankenhaus gebracht. Laut Medienberichten wurde er durch Schüsse in den Bauch und ins Bein getroffen.

Belgiens Innenministerin Annelies Verlinden schrieb auf Twitter, sie stehe in engem Kontakt mit der Polizei und dem Bürgermeister Philippe Close. Dieser bezeichnete den Vorfall als „entsetzliche Tragödie“. Die Präsidentin des EU-Parlaments, Roberta Metsola, schrieb, sie sei schockiert über den Mord an einem Polizisten im Dienst.

„Meine Gedanken sind bei der Familie und den Freunden des verstorbenen Beamten“, teilte Belgiens Premier Alexander De Croo auf Twitter mit. Er hoffe, es gehe dem ins Krankenhaus eingelieferten Beamten gut.

Der mutmaßliche Polizistenmörder von Brüssel stand auf einer Behördenliste Terrorverdächtiger. Der vorbestrafte Mann sei in einem Verzeichnis potenzieller Terroristen aufgeführt, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Eric Van Der Sypt, am Freitag. Am Donnerstagmorgen sei der Verdächtige in eine Polizeistation gekommen und habe seinen Hass auf die Polizei bekundet. Die Beamten hätten ihn aber nicht festnehmen können.

Eine Justizsprecherin teilte mit, der Verdächtige habe in der Polizeistation freiwillig um psycho-

logische Hilfe geben. Er sei deshalb nicht festgenommen, sondern in ein Krankenhaus geschickt worden. Dieses habe er kurz darauf wieder verlassen.

In Brüssel hatte es im März 2016 islamistisch motivierte Anschläge gegeben. Bei den Anschlägen am Brüsseler Flughafen und in einer Metrostation wurden insgesamt 32 Menschen getötet und 340 weitere verletzt. Seitdem gab es in Belgien eine Reihe von Angriffen auf Polizisten oder Soldaten.

Zuletzt ereignete sich im Mai 2018 ein als terroristisch eingestuft Anschlag auf Polizeibeamte. Damals tötete ein Mann in Lüttich zwei Polizistinnen und einen Studenten unter „Allahu Akbar“-Rufen. Der Angreifer wurde von Polizisten erschossen. Im August 2017 griff ein Mann im Zentrum von Brüssel Soldaten mit einem Messer an. Er wurde ebenfalls erschossen.

Im August 2016 griff ein Algerier in Charleroi zwei Polizistinnen vor einer Polizeiwache unter „Allahu Akbar“-Rufen an und verletzte sie im Gesicht und am Hals, bevor er erschossen wurde. Die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) reklamierte die Tat für sich.

Europäische Union

Sind die iranischen Revolutionsgarden Terrororganisation?

Die EU-Außenminister haben bei ihrer diesen Monat stattgefunden Sitzung neue Sanktionen gegen Iran verhängt, die auch Kommandeure und ein Unternehmen der Revolutionsgarde treffen. Doch vor einem anderen symbolträchtigen Schritt schrecken sie weiter zurück: die Revolutionsgarden der iranischen Diktatur als Terrororganisation einzustufen. Man werde da genau prüfen, es sei rechtlich komplex, sagte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock in Brüssel, nachdem sie zuvor Sympathien dafür bekundet hatte. Die Iranische Revolutionsgarde wurde nach der Islamischen Revolution 1979 als Eliteeinheit des Ajatollah-Regimes aufgestellt. Sie untersteht dem geistlichen Führer und wird als wichtigste Stütze des Regimes gesehen. Ihre Truppenstärke wird auf 150000 Mann in allen Waffengattungen geschätzt. In der EU ist die Revolutionsgarde seit

2010 mit Sanktionen belegt, weil sie für das gegen UN-Auflagen verstoßende Atomprogramm des Landes verantwortlich ist. Auch gegen führende Mitglieder wurden seinerzeit schon Einreise- und Vermögenssperren verhängt.



Aufmarsch der Revolutionsgarde in Teheran / Foto: dpa

Eine eigene Liste mit Personen und Organisationen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind, führte die EU nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ein. Die Initiative dafür liegt bei den Mitgliedstaaten. Eine „zuständige Behörde“ muss auf der Grundlage „schlüssiger Beweise oder Indizien“ Ermittlungen eingeleitet haben. Der Rat der Mitgliedstaaten entscheidet dann einstimmig über die Aufnahme in eine gemeinsame Liste. Derzeit stehen 13 Personen und 21 Organisationen darauf, darunter die PKK. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell verwies auf dieses Verfahren. Allerdings erwähnte er nicht, dass er selbst sich noch im Mai dafür einsetzte, dass die Vereinigten Staaten die Revolutionsgarde von ihrer Terrorliste streichen. Borrell wollte so Bewegung in die Verhandlungen über das Atomabkommen mit Teheran bringen. Ein leitender EU-Beamter hatte vor den Beratungen der Außenminister davor gewarnt, diese Verhandlungen nun aufzugeben und Iran maximal unter Druck zu setzen. Die Wiener Gespräche seien der einzige Weg, um das weit fortgeschrittene Nuklearprogramm einzudämmen, mit dem Iran sich die Option auf eine Atombombe verschafft. Für eine Übereinkunft mit Teheran müssten Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden. Das betrifft nach iranischer Vorstellung auch das weite Geflecht von Unternehmen, die von den Revolutionsgarden beherrscht werden.

Viele Außenminister unterstützten diesen Ansatz zwar, drangen gleichwohl aber auf einen schärferen Kurs. Vor allem östliche Staaten wiesen auf die Gefahr hin, dass Iran weitere Waffen an Russland liefert. Nach ukrainischen Angaben versucht Moskau, nach Kamikazedrohnen nun auch ballistische Raketen der Typen Fateh-110 (Reichweite bis 300 Kilometer) und Zolfaghar (bis 700 Kilometer) von Iran zu erwerben. Noch gibt es aber keine Belege für eine Lieferung dieser Raketen.

Türkei

Bürgermeister von Istanbul vor Gericht

Der Erdogan-Kritiker Ekrem Imamoglu soll nach dem Willen der Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung des Obersten Wahlrats schuldig gesprochen werden. In ihrem Schlussantrag in dem Prozess erklärte die Anklage, Imamoglu sollte bestraft und ihm verboten werden, ein öffentliches Amt auszuüben. Der populäre Politiker der CHP gilt als einer der wichtigsten Gegner des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan.



Ekrem Imamoglu / Foto: Presseabteilung Ekrem Imamoglu

Kritiker sehen den Prozess gegen Imamoglu als Versuch, einen potenziellen Herausforderer Erdogans aus der politischen Szene zu entfernen. Imamoglus Wahlsieg im März 2019 war ein schwerer Schlag für Erdogans Partei AKP, die bis dahin 25 Jahre in Istanbul den Bürgermeister gestellt hatte. Die AKP beantragte, die Abstimmung für ungültig zu erklären, was zu einer Wahlwiederholung wenige Monate später führte – mit einer klaren Mehrheit für Imamoglu.

Vorgeworfen wird dem Bürgermeister, den Wahlrat beleidigt zu haben, indem er es als eine

Dummheit bezeichnet habe, legitime Wahlen am 4. November 2019 abzusagen. Imamoglu sagt, seine Bemerkung habe sich nicht gegen den Wahlrat, sondern gegen Innenminister Süleyman Soylu gerichtet, der ihn „einen Dummkopf“ genannt und vorgehalten habe, bei einem Besuch des Europaparlaments die Türkei kritisiert zu haben.

Der Prozess wurde nach dem Plädoyer der Staatsanwaltschaft bis zum 14. Dezember vertagt. Dann soll die Verteidigung ihr Schlussplädoyer halten und bis dahin ein Befangenheitsantrag gegen das Richterergremium entschieden sein.

Erdogan fordert „neutrale Haltung“ vom deutschen Regierungschef

Nachdem Scholz diesen Monat Griechenland gegen Drohungen der Türkei in Schutz genommen hat, forderte Erdogan in einem Telefonat mit dem deutschen Bundeskanzler eine „neutrale Haltung“.

Vor dem Hintergrund der Spannungen mit Athen hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan eine „neutrale Haltung“ von Deutschland gefordert. Das habe Erdogan Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in einem Telefonat mitgeteilt, hieß es in einem Tweet des türkischen Kommunikationsministeriums.

Die Beziehungen zum Nachbarn Griechenland sind derzeit auf einem Tiefpunkt. Ankara argumentiert etwa, Athen verstoße mit der Militarisierung von Inseln in der Ost-Ägäis gegen internationale Verträge. Griechenland begründet sie mit einer Bedrohung durch Ankara und dem Recht auf Selbstverteidigung. Erdogan hatte Griechenland zuletzt wiederholt mit dem Satz gedroht:



Erdogan und Scholz / Foto: Deutsche Bundesregierung

„Wir könnten plötzlich eines Nachts kommen.“
Bei seinem Antrittsbesuch in Athen hatte Scholz Griechenland gegen die Drohungen der Türkei in Schutz genommen. Griechenland hatte auch entschieden, die ersten sechs im Zuge eines Ukraine-Ringtauschs gelieferten deutschen Marder-Schützenpanzer an der Grenze zur Türkei zu stationieren.

Erdogan habe in dem Telefonat mit Scholz nun

zudem angeregt, den Dialog zwischen Ankara und der Europäischen Union, die Gespräche über die Aktualisierung der Zollunion und die Beitrittsverhandlungen wiederzubeleben.

Die 2005 begonnenen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei liegen bereits seit mehreren Jahren wegen der aus Brüsseler Perspektive unbefriedigenden Entwicklungen in dem Land auf Eis.

